TOP 1 & TOP 2:

Redebeitrag B90/Die Grünen (T. Dämgen):

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich mich bei Herrn Soller, Frau Adelfinger und dem gesamten Team des Bereichs 2 für die umfangreiche Arbeit bei der Erstellung des Haushalts bedanken.

Wir beraten heute einen Haushalt mit einem Defizit von über 61 Millionen Euro. Das ist besorgniserregend und zeigt einmal mehr, wie angespannt die finanzielle Situation unserer Stadt ist. Allerdings müssen wir die Größenordnungen auch in diesem Jahr erneut richtig einordnen.

Ein erheblicher Teil unserer Ausgaben entfällt auf gesetzliche Pflichtaufgaben, insbesondere im sozialen Bereich. Gleichzeitig liegt der Zuschussbedarf für freiwillige Leistungen bei rund 27 Millionen Euro. Selbst wenn wir sämtliche freiwilligen Leistungen streichen würden, wäre unser Haushalt noch immer nicht ausgeglichen. Und wir sprechen dabei über Kultur, Sport, Schwimmbäder und Jugendarbeit. Angebote, die für das gesellschaftliche Leben in Worms wichtig sind.

Natürlich müssen wir auch diese Ausgaben kritisch betrachten. Aber allein damit werden wir unsere strukturellen Haushaltsprobleme nicht lösen. Hier sind insbesondere Bund und Land gefordert, die Kommunen auskömmlich zu finanzieren. Umso wichtiger ist es, dass wir die verbleibenden politischen Spielräume sinnvoll nutzen. Mit den rund 81 Millionen Euro aus dem Sondervermögen stehen uns erhebliche Investitionsmittel zur Verfügung. Wir stimmen heute zwar über eine erste konkrete Maßnahmenliste ab, eine solche Liste ersetzt aber keine langfristige Investitionsstrategie mit klaren politischen Prioritäten.

Dabei geht es uns nicht darum, notwendige Sanierungen infrage zu stellen. Wir müssen vielmehr darüber sprechen, welche zusätzlichen Investitionen Worms in den kommenden Jahren benötigt. Gerade bei Schulen, Kitas, Ganztagsbetreuung, Radverkehr und Klimaanpassung sehen wir weiterhin erheblichen Handlungsbedarf.

Wir GRÜNE werden dem Haushalt und der vorliegen Maßnahmenliste des Sondervermögens trotz unserer Kritik zustimmen, weil wir Verantwortung für die sozialen Leistungen unserer Stadt übernehmen. Positiv ist auch, dass keine weiteren Steuererhöhungen vorgesehen sind. Die angespannte Haushaltslage darf uns aber nicht davon abhalten, dort zu investieren, wo der Bedarf besonders groß ist. Ein solcher Bereich ist für uns der Hitzeschutz an unseren Schulen und Kindertagesstätten.

Wir erleben zunehmend heiße Sommer, in denen sich Unterrichtsräume stark aufheizen und Schulhöfe sowie Kita-Außenflächen teilweise kaum ausreichend Schatten bieten. Deshalb wollen wir das Thema künftig systematisch angehen. Unser Änderungsantrag sieht regelmäßige Hitzeschutzschauen an allen städtischen Schulen und Kitas sowie ein einheitliches Temperatur-Monitoring vor. Auf dieser Grundlage sollen die Einrichtungen nach tatsächlicher Belastung und Dringlichkeit bewertet und konkrete Maßnahmen entwickelt werden. Das können zusätzliche Verschattungen, Baumpflanzungen, Entsiegelungen oder bauliche Verbesserungen sein.

Für das kommende Haushaltsjahr beantragen wir zunächst **zusätzliche 100.000 Euro**, um die Bestandsaufnahmen und Planungen zu finanzieren und erste kurzfristige Verbesserungen zu ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir **bis Ende 2030 insgesamt fünf Millionen Euro zusätzlich in den Hitzeschutz unserer Schulen und Kitas investieren**. Ab 2028 streben wir dafür einen jährlichen Investitionsrahmen von zunächst rund 1,5 Millionen Euro an. Die Finanzierung soll insbesondere über das Sondervermögen geprüft werden. Die Mittel sollen ausdrücklich zusätzlich zu den bereits vorgesehenen Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Für die Planung und Umsetzung der Maßnahmen halten wir außerdem eine zusätzliche Fachstelle beim Wormser Immobilienmanagement für notwendig. Über diesen Teil unseres Antrags werden wir anschließend beim Stellenplan gesondert beraten.

Wir beantragen deshalb im Rahmen der gemeinsamen Beratung von TOP 1 und TOP 2, für 2027 zusätzliche 100.000 Euro im Haushalt bereitzustellen und das Hitzeschutzprogramm mit einem zusätzlichen Investitionsziel von 5 Millionen Euro bis 2030 in die weitere Maßnahmenplanung zum Sondervermögen aufzunehmen.

Ich bitte daher um Zustimmung zu diesen beiden Teilen unseres Änderungsantrags. Vielen Dank.

TOP 2:

Redebeitrag B90/Die Grünen (C. Cloos):

Wir GRÜNE haben uns auf Bundes- und Landesebene für das Sondervermögen eingesetzt und seiner Einrichtung zugestimmt. Denn wir sehen darin eine Chance, dringend notwendige Investitionen anzustoßen und unser Land zukunftsfähig aufzustellen.

Mit dem Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur wurde einen Rahmen geschaffen, der deutlich macht, worum es gehen soll: nicht nur darum, Versäumtes nachzuholen, sondern auch darum, Zukunft zu gestalten.

Und genau mit diesem Anspruch sollten wir auch auf die jetzt vorliegende Maßnahmenliste für Worms schauen.

Zunächst einmal möchte ich mich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit und die getroffene Vorauswahl bedanken.

Es ist gut und richtig, dass wir jetzt Projekte auf dem Tisch haben, die teilweise schon seit langer Zeit geplant sind und für die dringend finanzielle Mittel benötigt werden. Das Jugendzentrum ist dafür ein Beispiel.

Gleichzeitig bleiben bei uns aber einige Fragen offen.

DennFrau Lohr sie haben es geschildert es ist erst etwa die Hälfte der zur Verfügung stehenden Mittel verplant. Das wirft für uns die Frage

auf: Wie gehts weiter mit der anderen Hälfte?

Natürlich kann es sein, dass sich bei einzelnen Projekten im weiteren Verlauf noch Kostensteigerungen ergeben und neue Projekte aufschlagen und deshalb finanzielle Spielräume benötigt werden. Das ist nachvollziehbar.

Wir haben allerdings bereits in den vergangenen Sitzungen kritisiert, dass hier aus unserer Sicht eine Salamitaktik verfolgt wurde. Jetzt liegt sozusagen die erste Hälfte der Salami auf dem Tisch. Aber was passiert mit der anderen Hälfte?

Auch die Beschlussvorlage selbst lässt diese Frage offen. Dort wird darauf verwiesen, dass über die weitere Verwendung der Mittel politisch noch entschieden werden muss.

Das ist grundsätzlich richtig. Aber genau an dieser Stelle hätten wir uns mehr Transparenz und eine klarere Perspektive gewünscht. Und Ich begrüße das wir nächstes Jahr darüber nochmal diskutieren aber korrigieren sie mich die Sammlung ist doch jetzt schon durch die Verwaltung erfolgt und eine Priorisierung ist erfolgt.

Warum wurde beispielsweise nicht darüber nachgedacht, eine Nachrückerliste mit weiteren förderfähigen Projekten zu erstellen? So wäre nachvollziehbar, welche Maßnahmen als Nächstes infrage kommen und nach welchen Kriterien darüber entschieden wird.

Was uns in der bisherigen Auswahl außerdem fehlt, ist ein stärkerer Blick auf die Zukunftsaufgaben unserer Stadt.

Wir hätten uns MEHR bei energetischen Sanierungen, beim Ausbau erneuerbarer Energien, von Ladeinfrastruktur, von Radwegen und beim Hitzeschutz gewünscht. Auch die Frage, welche Investitionen und Planungen für unser Klinikum notwendig sind, sollte in diesem Zusammenhang zumindest mitgedacht werden.

Es kann natürlich sein, dass bei einzelnen dieser Vorhaben andere Förderprogramme oder mögliche Doppelförderungen eine Rolle spielen. Das ist uns bewusst. Trotzdem wirft es bei uns Fragen auf, wenn solche Zukunftsthemen in der bisherigen Auswahl kaum oder gar nicht sichtbar werden.

Denn wir sind überzeugt: In Worms gibt es sicherlich noch genügend Projekte, die dringend angegangen werden müssten und die es bislang nicht auf diese Liste geschafft haben.

Unser Anspruch an das Sondervermögen war und ist, dass wir damit nicht nur den bestehenden Investitionsstau verwalten, sondern zusätzliche Zukunftsperspektiven schaffen.

Deshalb wünschen wir uns für den weiteren Prozess eine klare politische

Perspektive: Welche weiteren Projekte kommen infrage? Nach welchen Kriterien wird die nächste Auswahl getroffen? Und wann wird der Stadtrat darüber erneut informiert und entscheiden?

Denn eines sollte klar sein: Die Verwendung dieser erheblichen zusätzlichen Mittel darf kein Prozess sein, bei dem wir immer nur scheibchenweise erfahren, welche Projekte als Nächstes auf den Tisch kommen. Die Koalition stellt schließlich den Stadtvorstand und trägt damit auch politische Verantwortung für die Vorauswahl und Priorisierung der Maßnahmen durch die zuständigen Dezernenten. Diese politische Priorisierung hat also bereits stattgefunden. Umso wichtiger ist es, dass sie für den gesamten Stadtrat transparent und nachvollziehbar wird und nicht erst im Nachhinein über einzelne Maßnahmen informiert wird.

Wir brauchen einen Fahrplan, damit wir als Stadtrat nachvollziehen und politisch mitgestalten können, wie die verbleibenden Mittel eingesetzt werden.

Das Sondervermögen ist eine große Chance für Worms. Diese Chance sollten wir nicht nur nutzen, um alte Planungen zu finanzieren, sondern auch, um unsere Stadt fit für die Zukunft zu machen."

TOP 3:

Antragstext B90/Die Grünen (T. Dämgen):

Für das Wormser Immobilienmanagement (WIM) wird eine zusätzliche Vollzeitstelle (1,0 VZÄ) für eine Architektin, einen Architekten beziehungsweise eine entsprechend qualifizierte Ingenieurin oder einen Ingenieur geschaffen. Die hierfür erforderlichen Personalkosten werden zusätzlich im Haushalt 2027 berücksichtigt.

Die Stelle dient insbesondere der Bestandsaufnahme, Planung, Koordination und Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen an städtischen Schulen und Kindertagesstätten einschließlich ihrer Außenanlagen.

Ab 2030 soll eine fachlich vergleichbare Bestandsstelle beim WIM mit einem kw-Vermerk (künftig wegfallend) versehen werden. Ein tatsächlicher Stellenwegfall erfolgt ausschließlich im Rahmen der natürlichen Personalfluktuation. Der weitere Personalbedarf wird 2030 im Haupt- und Finanzausschuss überprüft.